



Workshop „Geflüchtete im Natur- und Umweltschutz“

Ein Beispiel für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen in Deutschland und beim NABU

Datum: Samstag, 19.11.2016

Dauer: 10.00Uhr – 17.00Uhr

Ort: Haus der Kirche, Wilhelmshöher Allee 330, 34131 Kassel

Anmeldung: Julia.Balz@NABU.de, 030-28 49 84 16 25

Agenda

- 10.00 **Begrüßungskaffee**
- 10.15 **Begrüßung**
Julia Balz, Referentin Strategische Planung Umweltpolitik und Nachhaltigkeit, NABU Bundesverband
- 10.30 **Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN und die lokale Arbeit**
Julia Balz, NABU Bundesverband
- 10.50 **Vorstellung von zwei Projekten im Bereich Naturschutz & Geflüchtete/ Migrant*innen**
Frank Seumer, NABU Frankenberg und Florian Scheiba, NABU Bremen (angefragt)
- 11.50 **Erfahrungsaustausch und Erarbeiten von Hilfen und für die konkrete Arbeit 1**
Julia Balz, NABU Bundesverband
- 12.50 Mittagspause
- 13.50 **Der kulturelle Hintergrund von Menschen, die aus Syrien stammen**
Benjamin Vrucak, Referent Koordination Flüchtlingsprojekte, NABU-Bundesverband
- 14.20 **Die Situation von Geflüchteten in Hessen: Status, Unterbringung und ehrenamtliche Angebote für Flüchtlinge**
Ministerialrat Ralf Stettner, Leiter der Projektgruppe für Flüchtlinge, Regierungspräsidium Gießen
- 14.50 Kaffeepause
- 15.10 **Experteninput: Umgang mit Vorurteilen**
Janna Judith, Referentin, Aufstehen gegen Rassismus!
- 15.40 **Argumentationstraining zum Umgang mit Vorurteilen**
Janna Judith, Referentin, Aufstehen gegen Rassismus!
- 16.40 **Zusammenfassung und Ende des Workshops**

Hintergrund

Im September 2015 wurde von allen 193 Staaten, die bei den Vereinten Nationen (United Nations, UN) vertreten sind, die 2030 Agenda verabschiedet. Sie trat am 1. Januar 2016 in Kraft. Ihr Ziel ist, dass alle Menschen ein gutes Leben innerhalb der planetarischen Grenzen haben. Die 2030 Agenda beinhaltet 17 „Sustainable Development Goals (SDGs)“, also Nachhaltige Entwicklungsziele, mit insgesamt 169 Unterzielen, die alle Staaten bis zum Jahr 2030 erreichen wollen.

Dass die SDGs in dieser Form von so vielen Staaten verabschiedet wurden, ist bereits ein großer Erfolg. Damit die 2030 Agenda bis zum Jahr 2030 umgesetzt wird, müssen nun alle Länder eine ehrliche Analyse vornehmen, wo sie in Bezug auf die SDGs stehen und sich ambitionierte Ziele setzen und Maßnahmen vornehmen, um die SDGs zu erreichen. Zudem müssen – und sollen – alle zum Gelingen beitragen: Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – und jeder einzelne.

Ziel

Der NABU als größter Umwelt- und Naturschutzverband engagiert sich durch seine thematische Arbeit bereits zu den Zielen wie dem Erhalt der biologischen Vielfalt, dem Schutz des Klimas und der Ressourcen sowie der Meere. Die Sustainable Development Goals aber erfordern ein Zusammendenken der drei Nachhaltigkeitsdimensionen von Ökologie, Soziales und Ökonomie. Um einen kleinen Beitrag zum Gelingen der 2030 Agenda zu leisten wird sich der NABU in diesem Projekt Themen widmen, die mit seinen Kernaufgaben zu tun haben, aber auch zu den anderen Dimensionen gehören. Zum anderen möchte der NABU Möglichkeiten schaffen und unterstützen, die zur Umsetzung der SDGs beitragen und bestehende und neue Initiativen vernetzen.

Aktivitäten

Der NABU will – ganz im Sinne der Nachhaltigkeit – die Dimensionen Umwelt und Soziales zusammendenken und dabei auch die Ökonomie nicht aus dem Blick verlieren. Dazu veranstalten wir je einen Workshop zum Thema „Flüchtlinge im Natur- und Umweltschutz“ (2016) und „Frauen im Natur- und Umweltschutz“ (2017). Dabei wollen wir anhand bestehender Beispiele diskutieren, wie die beiden jeweiligen Themen voneinander profitieren können und wo es Hindernisse und Schwierigkeiten gibt. Die Ergebnisse werden Ende 2017 in einem Leitfaden zusammengefasst und vorgestellt.

In Berlin wollen wir die politische Arbeit zur Umsetzung der SDGs mit zwei politischen Mittagsgesprächen (2016 & 2017) begleiten und kritisch kommentieren

Dieses Projekt wird gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.